

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schleif (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnementspreis: Einzel-Nr. 1,50 M. Durch den Postweg 2,50 M. pro Monat, 25,00 M. pro Quartal, 75,00 M. pro Halbjahr, 1,50 M. pro Nummer. Verlagsanstalt: S. B. Neum. Schlein, S. B. M. B. S., Breslau, Westhofstraße Nr. 2160. — Fernsprechkennzeichen: Ring Nr. 2337.

Freitag, 7. Juli 1922

Kassengeld: Die Kassengeldzahlungen sind dem Kassier zu machen. Die Kassengeldzahlungen sind dem Kassier zu machen. Die Kassengeldzahlungen sind dem Kassier zu machen.

## Der Sinn der Demonstrationen.

J. D. Nach den Meldungen aus dem Reich sind alle Demonstrationen am 4. Juli riesengroß gewesen. Überall zogen gewaltige Arbeitermassen in Kampfstimmung durch die Straßen. Überall befehl vom Willen, ihre Forderungen, die sie im einzelnen nicht unterfucht, die sie nur als Kampfanfrage an Bourgeoisie und Reaktion werten, unter allen Umständen durchzusetzen.

In Berlin demonstrierten die Arbeiter zum ersten Male seit den ersten Tagen der Demonstration im Westen, in den Vierteln der Bourgeoisie. Endlose Ränge kamen: die meisten demonstrierten für den „Schutz der Republik“.

Währenddessen verhandeln die Führer der USPD mit denen der SPD über den Eintritt in die Regierung. Es liegt ein Gesetzentwurf „zum Schutz der Republik“ vor — und die Forderungen des Berliner Abkommens sind nicht ja ihm enthalten, obwohl auch sie nur ungenügend waren.

Die Arbeiter wollen ehrlich „die Republik“ schützen, wenn nötig, mit der Waffe. Sie sind oft noch in der Illusion befangen, daß es die demokratische Republik ist, die sie schützen wollen, aber sie fühlen alle, daß nur die Arbeiter sie schützen können.

Und während die Arbeiter in die Bourgeoisiediertel gehen, um ihren Klassenfeinden die Kräfte des Proletariats zu demonstrieren, wollen ihre Führer dieselbe Demonstration lediglich dazu benutzen, um dieselben (reaktionären) Bourgeois, gegen die die Arbeitermassen demonstrieren, zur Beteiligung an einer Regierung zu verlocken, der auch die SPD angehören soll.

Ohne daß die demonstrierenden Arbeitermassen es merken, müssen die letzten Demonstrationen der Anfang der Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitermassen und ihren feigen, kompromißlerischen Führern werden.

Diese wollten in Berlin eine stumme Demonstration haben. Die Arbeiter hörten keine Reden. Die Arbeiter hatten keine Presse. Niemand, kein Kommunist gar, hat ihnen sagen können, daß ein unerhörter Betrug an ihnen verübt wird in demselben Augenblick, in dem sie glauben, den Kampf erst — und ernsthaft — zu beginnen.

Die Führer aber sehen die Demonstrationen an als Abschluß und äußerliche Begleitmusik für einen parlamentarischen Kuhhandel. Sie wollen die Koalition verbreitern, um desto ungestörter weiterhin Stinnes-Politik, Erfüllungspolitik, d. h. Politik auf Kosten des Proletariats treiben zu können. Sie haben die Aufregung der Arbeiter benutzt, um, ohne rechte Ueberwachung, zusammen mit den Bürgerlichen das Brot zu verteuern. Sie benutzen die Demonstrationen, um im Parlament das schändlichste, reaktionärste Gesetz gegen die Arbeiterschaft, also auch gegen die „Republik“, durchzubringen.

Sie werden vielleicht einige Wochen hindurch Erfolg haben.

Aber diese Massendemonstrationen sind schon jetzt Demonstrationen gegen ihre Politik gewesen, die sie jetzt unter Verzung auf diese Demonstrationen (gegen das Proletariat) machen wollen.

Die Arbeiter haben gegen die Bourgeoisie demonstriert. Sie haben damit den ersten Schritt der Trennung von ihren Führern getan, ohne das zu wissen.

## Eine Arbeiterwehr in Sachsen.

Die sächsische Regierung hat einen Gesetzentwurf über die Bildung einer Auxiliärpolizei vorgelegt, der folgenden Wortlaut hat:

Die Regierung wird ermächtigt, für den Fall staatsfeindlicher Erhebungen oder Unruhen die Verhärkung der Ordnungspolizei in Sachsen durch Männer, die fest auf dem Boden der bestehenden republikanischen Verfassung stehen und seit mindestens drei Jahren gewerkschaftlich und politisch organisiert und für den Polizeidienst geeignet sind, vorzubereiten.

Zu diesem Zweck sind in Gemeinden mit mehr als 6000 Einwohnern durch die Gemeindebehörde aus den Gewerkschaften und republikanischen Parteien Ausschüsse zu bilden, die eine Liste geeigneter Männer, die zum Eintritt in diese Auxiliärpolizei bereit sind, anzustellen und sie laufend zu berichtigen und zu ergänzen haben. Die Mitglieder dieser Ausschüsse können Aufwandsentschädigung für ihre Anwesenheit bei den Sitzungen nach den Sätzen beanspruchen, die für Stadtverordnete oder Mitglieder der Bezirksausschüsse gelten.

## Das Anti-Kommunisten-Gesetz.

Programmmäßig nach den vorgeschriebenen Stufen hat sich das Gesetz zum Kampf gegen die Monarchie und Gegenrevolution in ein Gesetz gegen den Kommunismus und die revolutionäre Arbeiterregierung verwandelt.

**Erste Stufe:** Ermordung Rathenau; Kriegsdruf Wrichs gegen die monarchistischen Reichsmitglieder.

**Zweite Stufe:** 24 Stunden später zweideutige Ausnahmeverordnungen über Wrichs Erklärungen, daß der Feind rechts stehe, und Radbruchs feierliches Versprechen, die Verordnungen nicht gegen links anzuwenden.

**Dritte Stufe:** Gesetzentwurf der Regierung: Verstärkung der Ausnahmeverordnungen und verschleierte Anti-Kommunisten-Gesetz.

**Vierte Stufe:** Gesetzentwurf des Reichsrats: Offenes Anti-Kommunisten-Gesetz.

In der Tat: Der Gesetzentwurf des Reichsrats, den er mit 48 gegen 18 Stimmen angenommen hat und der jetzt vom Reichstage dem Reichsausschuß überwiesen wurde, ist unverhüllt und ungeschminkt gegen links gerichtet. Acht Tage der Unfähigkeit der proletarischen Spitzenorganisationen haben genügt, um die Regierung der Mitte, der demokratischen und sozialistischen Kleinbürger, verstärkt durch den Zugzug der USPD, auf die rechte Seite jallen zu lassen.

Das Amnestiegesetz ist allerdings formal aus dem Gesetz zum Schutz der Republik herausgelöst worden und bedarf darum keiner Zweidrittelmehrheit mehr. Aber dieser formale Vorteil wird völlig aufgehoben durch die Unzulänglichkeit des Amnestiegesetzes selbst, durch die pietätvolle Konserpierung aller Mängel der Ausnahmeverordnungen im Gesetzentwurf. Es bleibt bei der unzulänglichen Besetzung des Staatsgerichtshofs, bei der Landesregulativ anstelle der Reichsregulativ. Ja, wenn Bayern in Betätigung seiner Stammes-eigenart die Reichsflagge wie bisher beschimpft, dann kommt der Missetäter nicht vor den Staatsgerichtshof sondern vor das monarchistische Volksgericht.

Aber diese kleinen Schönheitsfehler treten zurück hinter der Streichung des § 15 des Regierungsentwurfs:

„Republikanische Staatsform im Sinne des Gesetzes ist der Inbegriff derjenigen Verfassungsbestimmungen, in denen der republikanische Staatsgedanke in seinem Unterschied zu der früheren Staatsform Ausdruck findet.“

Wir haben diese Bestimmung scharf kritisiert, weil sie nur ganz ungenügend mit juristischen Formeln die Anwendung

des Gesetzes gegen links verhindern will. Aber selbst dieser Zwirnsfadens war dem Reichsrat noch zu viel der Begünstigung der Kommunisten, er hat die Bestimmung gestrichen mit der Begründung, daß ein Schußbedürfnis für den theoretischen (1) Begriff der Republik nicht anzuerkennen sei. Der Schutz des Gesetzes soll sich nach Ansicht des Reichsratsausschusses gegen alle Bestrebungen richten, die die Herstellung der Monarchie oder Diktatur planen.

So ist zu lesen ohne ein Wort der Kritik im „Nachrichtenblatt“ der Berliner Arbeiter. Kann man deutlicher unterstreichen, daß das Gesetz, das theoretisch den Begriff der zu schützenden Republik nicht festlegen will, sich praktisch nur gegen die Kommunisten wendet, zumal nachdem die Reichskonferenz der USPD im Drange nach Regierungssesseln das Leipziger Aktionsprogramm mit seiner Diktatur des Proletariats nicht nur tatsächlich sondern auch formell zerrissen hat.

Von den Berliner Forderungen steht im Gesetz kein Wort. Der Gesetzentwurf ist eine offene Verhöhnung der Aktionsforderungen der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands, ist eine Verhöhnung ihrer Demonstrationen, ist eine Waffe gegen den entschlossensten revolutionärsten Teil des Proletariats.

Wir fragen die SPD, die USPD und die Gewerkschaften offen vor der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands:

Wo haben die Kommunisten die Kampffront der Arbeiterklasse gebrochen?

Wo haben sie bei der Durchführung des Berliner Abkommens versagt?

Politische Antwort fordern wir, nicht ausweichend hinter formalen Bedenken. Wir fragen weiter:

Was ist bisher politisch geschehen zur Durchführung der Berliner Forderungen von den Spitzenorganisationen? Was gedanken die beiden sozialdemokratischen Regierungsparteien, der USPD, zu tun, daß noch in letzter Minute das Ausnahmengesetz gegen das revolutionäre Proletariat zu Schanden wird?

Wir Kommunisten sind bereit zu kämpfen in geschlossener Kampffront; aber wir sind auch bereit, vor der Arbeiterschaft Deutschlands die festzunageln, die wieder einmal den Kampfeswillen und das Vorwärtshängen der Massen um des Schachers willen für Regierungssitze geknebelt haben. Das Proletariat mag dann richten über uns!

Die Auxiliärpolizei untersteht der Leitung des örtlichen Polizeiverwalters. Die ihr angehörenden Personen werden von der örtlichen Polizeiverwaltung für ihre Aufgaben in Pflicht genommen, mit einer behördlich abgestempelten Armbinde kenntlich gemacht und entsprechend ausgerüstet. Sie erhalten für die Dauer der Einberufung zum Dienste freie Verpflegung oder eine entsprechende Geldentschädigung, sowie Ersatz des entgehenden Arbeitsverdienstes.

Sämtliche Kosten gelten als Polizeiaufwand; sie sind von örtlichen Behörden zunächst zu verlegen und vom Ministerium des Innern nach Einreichung entsprechender Belege zu erstatten.

Dieses Gesetz, so sehr es einen Fortschritt über den gegenwärtigen Zustand bedeutet, ist an mehreren Stellen außerst verbesserungsbedürftig, da die Formulierung im Absatz 1 das Einströmen zahlreicher bürgerlicher Elemente nicht verhindert. Erst mit dem Zusatz „und einer der drei Arbeiterparteien angehört“, würde diese Gefahr vermieden werden. Weiter muß die Bestimmung, daß die Ausschüsse durch die Behörden zu bilden sind, ersetzt werden durch die Bestimmung, daß dies die Aufgabe der Arbeiterorganisationen ist. Schließlich muß die Bestimmung der Unterstellung dieser Wehr „unter der Leitung des örtlichen Polizeiverwalters“ aufgehoben werden; hier haben die Kartellausschüsse einzutreten. Erst mit diesen Änderungen kann das vorliegende Gesetz zu einer wirklich wirksamen Waffe im Kampf gegen die Reaktion werden.

## Falsch gerechnet!

Verschiedene Organe der SPD ließen sich unter dem 4. Juli aus Berlin melden, daß die Kommunisten in den gemeinsamen Verhandlungen der Spitzenorganisationen die Unterzeichnung eines Aufrufes vom 3. Juli wegen des Abzuges verweigert hätten, daß die Arbeiter in Abwehr gegen alle Elemente treten sollen, die den alten Bruderstreit wieder ausleben lassen wollen. Es geht dann wörtlich weiter: „So schlossen sich die Kommunisten somit von den weiteren Verhandlungen selbst aus.“ Die Darstellung der sozialdemokratischen Presse ist formell falsch. Die Kommunisten haben sich gemeldet, einen Aufruf zu

unterschreiben, der sich indirekt gegen ihre Partei wendete. Die Kritik die die Kommunisten in den Verhandlungen an dem ihnen vorgelegten Aufruf-Entwurf geübt hatten, hat zur Folge gehabt, daß der endgültige von den sozialistischen Parteien und dem ADGB unterzeichnete Aufruf sich in wesentlichen Punkten von jenem Entwurf unterschied.

Wenn die SPD-Führer glauben, so leichten Kaufs die Arbeitermassen mit formellen Vorwänden über die Differenzen mit den Kommunisten hinwegzulaufen zu können, so irren sie sich. Die Kommunisten sind fest entschlossen, die Frage der Durchführung des Berliner Abkommens vor der ganzen Arbeiterschaft politisch zu stellen, und aller Jubel der SPD-Presse über den „Bruch“ enthebt sie nicht der klaren politischen Antwort.

## Wieder ein Bergarbeiterstreik abgewürgt!

Der alte Bergarbeiterverband ist seiner Taktik, für jedes Kohlenrevier besondere Verhandlungen über Lohn- und Arbeitszeiten zu führen, treu geblieben. Für den Aufruf des Zentralrates der mitteldeutschen Bergarbeiter nach Ablehnung aller Tarife und Schiedsprüche bis zu einer zentralen Konferenz der Betriebsräte hatten die Führer und Genossen nur Spott und Hohn übrig. Die Wahrheiten, die diesen Bürokraten auf den verschiedenen Revierkonferenzen gesagt wurden, genügen ihnen immer noch nicht, um sie von ihrer schändlichen Taktik abzubringen.

Seit 14 Tagen standen 7000 Bergarbeiter im Hessischen Braunkohlengebiet im Streik. Die Verbandsbürokraten haben jetzt mit den demagogischen Mitteln diesen Streik abgewürgt, ohne auch nur bei dem Schiedspruch die elementarsten Rechte der Streikenden zu wahren. Obwohl der Streik insbesondere um eine Verbesserung der unheimlich niedrigen Löhne und um eine Anerkennung des Betriebsratsgesetzes geführt wurde, werden diese Forderungen in dem Schiedspruch überhaupt nicht erwähnt. Die mangelnde Unerkennung des Zentralrates des alten Verbandes hat dazu geführt, daß die Unternehmer alle unliebsten und radikalsten Elemente aus ihren Verwaltungen entfernen können, um die Masse der Indifferenten zu noch schlimmeren Bedingungen auszubenten.

## Überall dasselbe.

Polnische Blätter melden von einer Verschönerung mit Korjanty und Stulki an der Spitze. Diese Verschönerung wird ebenso wie in Deutschland von den Rechtsparteien getrieben, die nur in der Wiederherstellung einer Monarchie eine endgültige Festigung des Kapitals erwarten. Es gibt eben auf die Dauer keine bürgerliche Demokratie, sondern es wird entschieden zwischen der Unterwerfung des Kapitals und der arbeitenden Klasse.

# Der Charakter der gegenwärtigen Konterrevolution in Deutschland.

Die gegenwärtige Konterrevolution hat in ihren Zielen in der letzten Phase der Entwicklung der Konterrevolution den Charakter der Konterrevolution der Konterrevolution der Konterrevolution...

# Stufe ist die erste Bürgerpflicht.

Die erste Stufe der Konterrevolution ist die erste Bürgerpflicht. Die zweite Stufe ist die zweite Bürgerpflicht. Die dritte Stufe ist die dritte Bürgerpflicht...

# Genossenschaftsbewegung.

Die Genossenschaftsbewegung ist die Bewegung der Genossenschaft. Die Genossenschaftsbewegung ist die Bewegung der Genossenschaft...

Was bedeutet die Konterrevolution zu tun, um dem Treiben der monarchistischen Elemente in Deutschland Einhalt zu gebieten. Alle fordern von ihr, daß sie sofort diese Konterrevolutionären Organisationen auflöst...

## Zum Streit der Berliner Buchdrucker.

Die Berliner Buchdrucker haben bekanntlich den, gerade in der letzten politischen Situation gefährlichen Schritt getan, den Generalstreik auch auf die Arbeiterpresse auszuweiten. Die Generalversammlung der Buchdrucker hat nur die Arbeit für ein Nachrichtenblatt der Berliner Arbeiterklasse...

Die Berliner Buchdrucker haben am 5. Juli beschlossen, den Streit gegen die Arbeiter- und Genossenschaftsblätter aufzuheben.

## Ernst Däumig

geboren im Jahre 1866 zu Merseburg, von 1887 bis 1898 Soldat lange Zeit in der französischen Fremdenlegion, von 1901 sozialdemokratischer Redakteur, von 1911 am „Vorwärts“, seit 1916 in der U.S.P., seit Dezember 1920 zweiter Vorsitzender der U.S.P.D., dann kam er ein Jahr später erst in der K.P.D., dann wieder in der U.S.P. als dessen Reichstagsabgeordneter er am Dienstag in Berlin gestorben ist.

## Genossin Klara Zetkin 65 Jahre alt!

Am 5. Juli vollendet Genossin Zetkin ihr 65. Lebensjahr. Auf 40 Jahre eines opferreichen Lebens für das Proletariat, wie es keiner der jetzt lebenden Führer des internationalen Sozialismus aufweisen kann, sieht Genossin Zetkin zurück. Ungekümmert, leidenschaftlich, hingebungsvoll hat sie stets der großen Sache der Revolution und des Kommunismus gedient.

## Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki. Uebersetzt von Adolf Beck.

Sie lächelte, aber ihr Lächeln spiegelte sich unendlich in Submissivität Gesicht wieder. Die Mutter sah, daß Submissivität durch Zurückhaltung ihre Sprache abkühlte, und in ihr entstand plötzlich der dringende Wunsch, in diese mürrische Seele ihr Feuer zu pflanzen zu lassen, sie zu entzünden, damit auch sie betrunken in dem Klang ihres fremdenwollen Vergessens einatmet. Sie nahm Submissivität Hand, drückte sie fest und sagte: „Meine Liebe! Die Liebe ist es, wenn man weiß, daß es im Leben schon ein Licht für alle Menschen gibt und daß die Zeit nicht fern ist, wo es alle leben werden.“

## aus dem es gilt die Aktionsmöglichkeiten für die Arbeiterklasse

aus dem es gilt die Aktionsmöglichkeiten für die Arbeiterklasse aufzuheben und in die lebendige Tat der Massen zu verwandeln. Was Klara Zetkin als Lehrerin der Revolution während der 26 Jahre geleistet hat, während deren sie die „Gleichheit“ leitete, konnte, wie Eberls Brutalität sie aus der Redaktion des von ihr gegründeten Organisationsorganes, das steht sie in eine Reihe mit ihren großen Freunden und Mitkämpfern, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Leo Jogisches.

## Die Jahre nach der ersten russischen Revolution, in denen

die Jahre nach der ersten russischen Revolution, in denen Rosa Luxemburg in der denkwürdigen Massenstreik-Debatte mit Karl Kautsky die theoretischen Grundlagen des modernen Kommunismus herstellte, fanden sie auf der Seite Rosa Luxemburg. In scharfen Kämpfen, oft auch mit dem alternden Bebel, mit der Mitgliederversammlung des Parteivorstandes, die am 4. August 1914 im jammervoll zusammenbrach, hat sie als Mitglied der Kontrollkommission der alten Partei stets die Sache der proletarischen Revolution schon vor der Revolution verteidigt.

## Die Mutter schloß sie fest in ihrer Arme, lächelte lautlos,

Die Mutter schloß sie fest in ihrer Arme, lächelte lautlos, milde noch über ihren Vergessenen. Als sie sich verabschiedeten, blühte Submissivität in ihr Gesicht und fragte leise: „Sie wissen, daß es schon mit Ihnen ist?“ Und gab leise die Antwort: „Nein! Sie wissen, hoch aus einem Berge...“

## „Koch Kostas?“ fragte er halbhart.

„Koch Kostas?“ fragte er halbhart. „Ja, zu Kostas.“ „Da.“ Er stellte den Koffer neben sie auf die Bank, zog schnell eine Zigarette heraus, zündete sie an, küßte seine Nase und ging schweigend durch die andere Tür davon. Die Mutter streifte mit der Hand die kalte Oberfläche des Koffers, küßte ihren Ellbogen darauf und begann zufrieden das Publikum zu mustern. Koch einer Minute stand sie auf und ging zu einer anderen Bank, näher dem Personalausgang. Den Koffer hielt sie leicht in der Hand, er war nicht groß; so ging sie mit erhobenem Kopf und betrachtete die Personen, die vor ihr aufstauten. Ein junger Mensch im kurzen Paletot und mit aufgestrichelten Kragen stieß mit ihr zusammen und sprang schweigend beiseite, indem er mit der Hand an den Kopf fuhr. Sie kam an ihn etwas bekannt vor, sie blickte sich um und sah, daß er mit einem hellen Auge hinter seinem Kragen hervor nach ihr hin schielte. Dieser aufmerksame Blick verjagte ihr einen Stich, die Hand, in der sie den Koffer hielt, zitterte und die Luft wurde plötzlich schwer. „Ich habe ihn irgendwo gesehen!“ dachte sie und unterdrückte mit diesem Gedanken das unangenehme und unflare Gefühl, das ihr Herz leise aber machtvoll fast zusammenjammerte. Aber es wuchs und stieg bis in den Hals hinauf, erfüllte den Mund mit trockenem, bitterem Geschmack, sie fühlte den ungewohnten Wunsch, sich umzuwenden und noch einmal hinzusehen. Sie tat es — der Mensch trat auf derselben Stelle vor, schaute von einem Fuß auf den anderen, es war, als beobachtete er etwas und konnte sich nicht dazu entschließen. Seine rechte Hand war zwischen die Rocktasche geschoben, die andere hielt er in der Tasche, davon erschien die rechte Schulter höher als die linke. Sie trat ohne Haß zur Bank und setzte sich vorzüglich langsam, als fürchtete sie, etwas in ihrem Inneren zu zerbrechen. Ihr Gedächtnis, das durch ein heftiges Borgedächsel eines Anglieders angeweckt war, erinnerte sie an zwei Bewegungen mit diesem Menschen — einmal auf dem Felde vor dem Gefängnis nach Kostas' Flucht, das andere mal — gestern im Gerichtsgebäude. Da stand neben ihm der Revierarzt, dem sie Kostas' Weg falsch angegeben hatte. Man konnte sie, folgte ihr — das war klar. „Hat man mich jetzt?“ fragte sie sich, im nächsten Augenblick aber antwortete sie zitternd: „Bestimmt noch nicht...“ (Fortsetzung folgt.)

## Gebt für die „Rote Hilfe“.

# Wer will die Einheitsfront?

Der Kampf um die Einheitsfront.

Druck Nr. 1 vom 1. Juli 1922

An die Vorstände des ADGB, der AFA, der SPD, der USPD und der KPD.

## Werte Genossen!

Während die fünf Gewerkschaften der deutschen Arbeiterbewegung die erste Voraussetzung des Einheitsfrontens als nicht anzunehmend bezeichnet haben, sind wir der Regierung schon weit entgegenkommender, wenn wir deren Erfüllung dringlich empfehlen. Wir stellen fest, daß die von den Gewerkschaften aufgestellten ersten Forderungen in die erste Voraussetzung des Einheitsfrontens erfüllt sind oder fast erfüllt sind. Die zweite Voraussetzung des Einheitsfrontens erfüllt aber nur eine der ersten Forderungen der Gewerkschaften: die Erhebung der Strafen. Alle übrigen Forderungen sind noch weiter voran zu rücken. Sie sind aber, wie ich schon oben sagte, nicht anzunehmend, weder die monarchistische Regierung, noch die Reichsregierung, noch die Anordnung der Verhaftung belangend verhafteter Personen, noch die Anklageerhebung durch einen Reichskommissar (sic) trotz technischer Möglichkeiten durchgeföhrt worden.

Zur Durchföhderung der Ausnahmeverordnung ist festzustellen:

1. Bisher ist von etwa 30 monarchistischen Verbänden nur eine durch Regierungsverordnung, und zwar auch nur in Preußen, aufgelöst.
2. Bisher sind nur drei monarchistische Wirtelsblätter, und zwar auch nur in Preußen und Hamburg verboten. Die übrigen liegen weiter und werden von Tag zu Tag freier.
3. Bisher ist nicht ein einziger der reaktionären Führer der Reichswehr, der Schupo, der Verwaltung und der Gerichte entlassen oder auch nur zur Disposition gestellt worden.
4. Bis zur Stunde ist nicht ein einziger der monarchistischen Vorführer und Organisatoren in Anklagezustand versetzt, geschweige denn bestraft worden.
5. Bayern und Württemberg haben sogar offen die Durchföhderung der Verordnung abgelehnt und dagegen ist nichts unternommen worden.
6. Das selbständige Amnestiegesetz, das noch diese Woche durchzuführen verlangt wurde, ist weder als eigenes Gesetz eingebracht, noch fest zugesagt worden. Die Ausdehnung der Amnestie auf Bayern ist gar nicht erst vorgenommen worden.
7. Soweit der Inhalt des Gesetzes zum Schutze der Republik bekannt ist, stellt die völlige Unterdrückung und Bestrafung jeder monarchistischen Betätigung. Ferner fehlt die Einrichtung einer durchgreifenden Reichsregelung und die Einziehung eines Reichskommissars zur selbständigen Anklageerhebung, so daß auch dieses Gesetz im monarchistischen Bayern und in anderen Ländern völlig wirkungslos bleiben wird, so daß dort die Konterrevolution sich nach wie vor offen und frech organisieren kann.

Wir machen deshalb dem ADGB, der AFA, der SPD, und der USPD folgende Vorschläge für eine rasche einheitliche Durchföhderung der gemeinsam aufgestellten Forderungen:

- I. Unser beigelegter Entwurf eines Amnestiegesetzes sollte die Grundlage des gemeinsamen Auftretens der Parteien gegenüber dem Amnestiegesetz der Regierung bilden. Nach unserem Entwurf würde die notwendige Sicherheit dafür gegeben sein, daß die von den Sondergerichten in Verbindung mit politischen Bewegungen absichtlich als gemeine Verbrecher verurteilten Arbeiter (Mitteldeutschland), sowie die unter Mißbrauch des Sprengstoffgesetzes ins Zuchthaus geschickten Genossen freigelassen werden. Insbesondere umfaßt unser Entwurf auch die als Teilnehmer an der Münchener Kätereipublik und die übrigen von den bayerischen Volksgerichten abgeurteilten Genossen.
- II. Wir beantragen, gemeinsam bei der Regierung vorstellig zu werden mit der Forderung, auf Grund der Ausnahmeverordnung die sofortige Verhaftung folgender monarchistischer Führer zu veranlassen:
  - a) Aufhebung der Immunität und sofortige Verhaftung des ideologischen Anführers der Morde an Erzberger und Rathenau und der nationalistischen Anschläge auf die Republik, des ehemaligen kaiserlichen Ministers Helfferich;
  - b) wegen offener monarchistischer Propaganda und teilweiser offener Beteiligung am Rapp-Bußch, wegen Vorbereitung und Durchföhderung der Regimentsfeier mit dem Zweck der Sammlung der monarchistischen Kräfte zum gemeinsamen Sturz der Republik die ehemaligen kaiserlichen Generale Ludendorff, Hindenburg, v. Seeckt, Maercker, v. d. Goltz, Lettow-Vorbeck, Nölh, den Oberst Eyslander, Kapitänleutnant Ehrhardt, Korvettenkapitän Löwenfeld, Hauptmann Kapff usw.;
  - c) den Begründer der antirepublikanischen Organisation Eicherich (Drageich);
  - d) die bekannten bayerischen Monarchistenführer v. Kahr, Pöchner und Roth.
- III. Wir schlagen vor, daß bei dieser Besprechung mit der Regierung beantragt wird, folgende monarchistischen und antirepublikanischen Verbände aufzulösen und zu verbieten:
  1. Organisation Eicherich,
  2. Organisation Consul,
  3. Arbeitsgemeinschaft Rößbach,
  4. Verband nationalgeinnter Soldaten,
  5. Jungdeutschler Orden,
  6. Organisation Kungler,
  7. Organisation Korablume,
  8. Schießverein Korablume,
  9. Reichsoffiziersbund 1920,
  10. Deutscher Offiziersbund,
  11. Rationalverband deutscher Offiziere,
  12. Liga zum Schutze der deutschen Kultur.

IV. Wir schlagen vor, grundsätzlich bei der Regierung zu beantragen, die Verhängung des Gerichts von monarchistischen Staatsanwälten zu begründen. Als erste Schritte können hierbei die Staatsanwälte und Richter in Frage aus folgenden Gruppen:

1. Joseph Klinge, Flieg, Seuring usw.
2. Kuno-Propp.
3. Marlob-Propp.
4. Propp gegen die Würburger Studenten.
5. Propp gegen Seunwart Krall.
6. Küllinger-Propp.
7. außerdem können sofort in Frage die Staatsanwälte, die als Vorführer der bayerischen Gefängnisse gegenüber den Festungsgefangenen Drohungen aussprechen (Niederörschenthal).

V. Wir schlagen vor, daß die beteiligten Spionorganisations durch Hundschreien ihre Bezirk- und Ortsorganisationen anweisen, Angaben zu machen über die als monarchistisch tätigen oder als Angehörige der oben bezeichneten Organisationen festzustellenden Offiziere und Beamten der Reichsregierung und Schupo, sowie der Beamten der Verwaltungsbehörden und Gerichte, damit diese Angaben gemeinsam der Regierung und den Reichsbehörden unterbreitet werden können. Wir behalten uns vor, eine solche Liste bereits zur nächsten Sitzung den übrigen Organisationen zu unterbreiten.

Wir bitten die Spionorganisationen, sich eingehend mit unseren Vorschlägen zu beschäftigen. Diese konkreten Vorschläge sind gemacht, damit die Erwartungen, die die Arbeiter auf die große einheitliche Aktion setzen, wenigstens teilweise erfüllt werden. Eine Enttäuschung der in Bewegung befindlichen Arbeitermassen muß im Interesse aller Arbeiterorganisations unter allen Umständen vermieden werden.

Anlage: Amnestiegesetzentwurf.  
Mit proletarischem Gruß!  
Zentrale der KPD.  
Berlin, den 4. Juli 1922, morgens.

An die Vorstände des ADGB, der AFA, der SPD, und der USPD.  
Werte Genossen!  
Die Spionorganisationen haben am 27. Juni in dem Berliner Abkommen folgende Forderung zugesimmt:  
„Sofortige Amnestie im Reich und in den Ländern für alle wegen politischer Vergehen verurteilten, mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne dieses Gesetzes (das sich ausschließlich gegen die Monarchisten richten soll) strafbare Handlungen begangen haben.“  
Diese Forderung des Berliner Abkommens steht im vollen Einklang mit dem klaren Willen der gesamten deutschen Arbeiterschaft, wie er in Demonstrationen im ganzen Reich zum Ausdruck gekommen ist, und mit dem Beschluß des 11. Gewerkschaftskongresses, der lautet:

„Der Kongress verlangt die sofortige Freilassung aller der Arbeiterklasse angehörenden Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängenden Verbrechen und Vergehen. Er fordert den Bundesvorstand und alle Gewerkschaften auf, alle Mittel anzuwenden, um den politisch inhaftierten und verfolgten Klassen-genossen die Freiheit zu erkämpfen.“  
Im Gegensatz hierzu hat die SPD-Fraktion im preußischen Landtag einen Amnestiegesetzentwurf eingebracht, der im engsten Anschluß an den völlig ungenügenden Entwurf der Reichsregierung von der Amnestie alle Verbrechen gegen das Leben, der schweren Körperverletzung, des schweren Raubes, der Brandstiftung und der Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz ausschließt.

Nun steht aber fest, daß die Klassenjustiz absichtlich überall revolutionäre Arbeiter zu gemeinen Verbrechern gestempelt hat. Eine Verurteilung wegen Hochverrats wurde fast nie vorgenommen, um möglichst harte Strafen verhängen zu können.  
Durch die von der SPD vorgezogenen Einschränkungen wird der größte Teil verurteilter Arbeiter, die sich an militärischen Kämpfen beteiligt haben, von der Amnestie ausgeschlossen, trotzdem diese Arbeiter aus politischen Bewegungen und im Zusammenhang mit politischen Bewegungen gehandelt haben.  
Der Amnestieentwurf der SPD-Fraktion bedeutet einen schroffen Bruch des Berliner Abkommens.  
Selbst der Vertreter der SPD-Fraktion, Hermann Müller, hat in der Besprechung der Spionverbände am 3. Juli zugesichert, daß die Einschränkungen dieses Entwurfs zu weit gehen und daß nur Vergehen der Brandstiftung von der Amnestie ausgeschlossen bleiben müssen, da nach seiner Ansicht Max Hötz nicht amnestiert werden sollte.  
Die KPD hat den Mindestforderungen des Berliner Abkommens zugesimmt und von der Aufstellung weiterer Forderungen Abstand genommen, um eine geschlossene Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft zur Verwirklichung dieser Forderungen zu schaffen. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die Mitunterzeichner des Abkommens ihre Verpflichtungen halten und mit allen der Arbeiterschaft zu Gebote stehenden Mitteln für ihre Verwirklichung eintreten.

Der Kampf um die Einheitsfront.  
Die SPD-Fraktion im preußischen Landtag hat einen Amnestiegesetzentwurf eingebracht, der im engsten Anschluß an den völlig ungenügenden Entwurf der Reichsregierung von der Amnestie alle Verbrechen gegen das Leben, der schweren Körperverletzung, des schweren Raubes, der Brandstiftung und der Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz ausschließt.

Wir teilen weiter mit, daß unser gegen die Provokateure und Spiegel gerichteter Aufruf, obwohl rechtzeitig und gegen Quittung zugestellt, in die Dienstagmorgenausgabe des Berliner Nachrichtenblattes nicht aufgenommen wurde. Wir haben im Vertrauen darauf, daß unsere Parteifunktionen im Nachrichtenblatt abgedruckt werden, für Dienstag auf die Herausgabe einer Nummer der „Roten Fahne“ verzichtet. Wenn aber eine parteioffizielle Publikation zu einer so wichtigen Rundgebung durch die Redaktion des Nachrichtenblattes unterdrückt wird, uns überhaupt keine Einwirkung auf die Redigierung dieses Blattes möglich ist, und unsere Besammlungshinweise keine Aufnahme finden, so zwingt ihr uns ja förmlich dazu, nach eigenen Publikationsmöglichkeiten zu suchen.  
Weiter erfahren wir: Nachdem am Montag nach der gemeinsamen Sitzung eine Besprechung der übrigen vier Organisationen über die Art der weiteren gemeinsamen Verhandlungen mit uns stattgefunden hat, ist — ohne uns von dem Ergebnis dieser Sonderbesprechung Mitteilung zu machen — eine weitere Sitzung der vier anderen Spionorganisationen abgehalten worden. Diese Sitzung fand ohne die KPD am Dienstag nachmittag statt, als zur gleichen Stunde draußen die Arbeitermassen einheitlich demonstrierten. Solche Sonderverhandlungen erscheinen uns zunächst um so verständlicher, als durch das neueste Monarchistenattentat auf Garben und das Attentat auf ein Arbeiterunternehmen in Mannheim der Ernst und die weitere Verschärfung der Lage aufs deutlichste bewiesen wurde.  
Wir erinnern erneut daran, daß wir, trotz der beiden Besprechungen, die die übrigen vier Spionorganisationen untereinander hatten, noch immer keine Antwort auf unsere schriftlich vorgelegten praktischen Vorschläge zur Durchföhderung der gemeinsamen Mindestforderungen erhalten haben.  
Inzwischen ist der Gesetzentwurf der Regierung herausgekommen, und es muß versucht werden, verabschiedungsgemäß schnellig gemeinsame Anträge der drei Arbeiterparteien für die Reichstagsverhandlungen zu formulieren. Das Gesetz enthält nichts über das geforderte Verbot jeder monarchistischen Agitation in Wort, Schrift und Bild. Es enthält nichts über die dringlichst geforderte Säuberung der Regierungsstellen und Behörden, insbesondere der Reichswehr und der Gerichte von monarchistischen Elementen, nichts über die Umgestaltung des Staatsgerichtshofes in ein Laiengericht. Das Gesetz schafft keine Reichsregulativ, sondern die Landeszentralbehörden werden ausdrücklich als ausführende Organe bestimmt, so daß Orgeich-Bayern und das Republik-Schup-Gesetz für sich auslegen und anzuwenden hat. Es ist auch nicht klar gestellt, wie das die Gewerkschaften gefordert haben, daß das Gesetz sich nur gegen die Monarchisten wendet. Das Amnestiegesetz ist zwar abgetrennt, enthält aber soviel Einschränkungen, daß keinerlei neinnenswerte Entlassungen politischer Gefangener zu erwarten sind.  
Wir halten deshalb noch Mittwoch vormittag, bevor die Reichstagsverhandlungen eröffnet werden, eine gemeinsame Sitzung für dringend notwendig, um die zum Amnestiegesetz und zum Gesetz über den Schup der Republik von den proletarischen Parteien einzubringenden Anträge zu beraten, die sich aus den von uns gemeinsam formulierten Forderungen ergeben.  
Mit proletarischem Gruß!  
Zentrale der KPD.

## Schleifische Hundschau.

Die deutsche Mark.

Ein Dollar kostet heute in Deutschland 434,75 RM.

### Die Sorgen der Bourgeoisie.

Vor uns liegt eine Nummer der Zeitschrift „Die elegante Welt“, eines der vielen Modedrucke, in denen sich die faulenzuckende Bourgeoisie amüsiert, wie sie sich des Morgens, des Mittags, des Abends und in der Nacht zu fleiden hat. Wie lesen darin: Der Herr in Weiß erhebt sich in den Sommermorgen wieder im Spiegel der Ziermispel. Hauptbedingung der korrekten Toilette ist, das einheitliche Weiß durch neue Modedrucke zu unterstützen. Hemd, Hose, Schuhe, sowie Stiefel müssen weiß sein. Allenfalls verleiht die Hoie eine hellerfarbene Kügelung. Die Kravatte (vorwiegend Einfarbige) hingegen kann einen anderen Farbenton zeigen und ist oft in den Klüffeln gehalten.  
Das Ruhebett im Boudoir sieht besonders reizvoll aus, wenn es mit den anderen Möbelstücken in der Farbe übereinstimmt. Ganz besonders gut sehen Ruhebetten aus Lindener Samt aus, der in zahlreichen Farben hergestellt wird und mit besten Füllungen die besten farblichen Wirkungen erreichen kann. Zur Taschenuhr des Herrn gehört eine Schaleine aus schwarzen Seidenstips, die mit Eisenornament und Platin-

einlage geschmückt ist. Die Länge des Uhrenbandes richtet sich nach dem unteren Westbund.  
Schlant zu bleiben ist der innigste Wunsch vieler Leserinnen der „Eleganten Welt“, die uns ständig um Mittel und Wege ersuchen, diese Schlantheit zu erzielen und zu bewahren. Man enthalte sich vor allem fetter, süßer, stärkernhaltiger Speisen. Ebenfalls vermeide man, viel Brot zu essen. Auch das Rauchen von Kohlen, Rucher usw. beeinträchtigt die Schlant. Salat, Spinat, Obst sind bei der Tafel zu bevorzugen. Weisweine sind den Rotweinen ebenfalls vorzuziehen. Tee, sowie Kaffee sind zu empfehlen.

Vor uns liegt auch eine Broschüre, die in vielen tausenden Arbeiterfamilien Eingang gefunden hat: „Was will der Spartakusbund?“ Dort finden wir die Forderung obiger Seiten: „Die Welt besteht aus zwei Welten. Am Wege liegend steht der Herr den lauchenden Krawatten vorübergehend mit wehenden Schleien, während im Leibe des Schiffes nackte Gestalten am Feuer kochen, wie in den Salons wigarische Kapellen zum Tange auf in weiten Palästen, mit Speiseisbecken in den Fensterräumen und reifen Schmuck an den Türen, schreien leichte Gestalten über weiche Smyrnatapis, um Frauennäcken liegen Fedenschüre, die irgendwo in Indien ein brauner Fischer geholt und die mehr wert sind, als ein Arbeiter je in seinem Leben verdient; in schmunzelnden Gärten in denen Palmen gezüchtet werden, spielen Kinder im Lotenhaar, ohne Sorge und Wohlbehütet: das ist die eine Welt, die Welt derer, die nicht arbeiten, die Welt der Herrschenden.“

in deren Hände fließt, was die Arbeiter täglich geschaffen. Sie genießen jenes große Werk, sie sind die Götter und ihrer ist alle Macht und alle Herrlichkeit.

Die andere Welt? Der Proletarier kennt sie. Es ist keine Welt. Es ist die Welt der Bielen, derer, die jeden Morgen, wenn der Tag graut, in die Fabriken, an die Arbeit ziehen, die einen langen Tag — selbst tot, willenslose Maschinen — an der Maschine stehen, die abends nach Hause gehen in kalte öde Wohnungen, die leben: schlecht gekleidet, schlecht ernährt, schlecht gebildet, schlecht unterrichtet, und die so leben tagelang, mondelang, jahrelang, Geschlechter lang.  
Junter dieselben Proletarier. Stumm lebten sie, stumm tragen sie die Last, stumm brachen sie unter der Last zusammen, stumm starben sie. Wer sagt danach? Es werden ja so viele des ihr Vorredemann fällt, nur daß sie den Platz an der Maschine finden, dann sie arbeiten, damit sie verdienen können, damit sie nicht mehr hungern müssen.  
Wer fragt, wie da die Opfer fallen?  
Der dinge näher, dem die Hogenlampe oft die Nacht zum Tage macht und der, den Rücken trumm, über die Maschine sich beugt:

„wenn den ob heiß, ob kält,  
die Arbeit erschlägt, firt ein anderer da  
und näht... und näht... und näht...“

# Der Kampf der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien.

Stieg, Bez. Breslau.

Der Kampf der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien hat sich in den letzten Wochen besonders lebhaft entwickelt. Die Arbeiterschaft hat sich in der letzten Zeit mehr und mehr organisiert und hat in der letzten Zeit eine Reihe von Demonstrationen abgehalten. Diese Demonstrationen waren in der Regel von einem bestimmten Zweck begleitet, so zum Beispiel die Demonstration am 1. Juli zur Unterstützung der Arbeiterschaft in der Provinz Schlesien. Diese Demonstration wurde von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgeführt und wurde von einer großen Anzahl von Arbeitern besucht. Die Demonstration verlief friedlich und wurde von der Polizei ohne Schwierigkeiten gelassen. Die Arbeiterschaft hat sich in der letzten Zeit auch mehr und mehr politisiert und hat sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Parteien angeschlossen. Diese Parteien sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien gegründet worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Forderungen gestellt. Diese Forderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien formuliert worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Maßnahmen erlassen. Diese Maßnahmen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen. Diese Erfolge sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Veränderungen herbeigeführt. Diese Veränderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Fortschritten erzielt. Diese Fortschritte sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen. Diese Erfolge sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Veränderungen herbeigeführt. Diese Veränderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Fortschritten erzielt. Diese Fortschritte sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen.

Die Arbeiterschaft hat sich in der letzten Zeit mehr und mehr organisiert und hat in der letzten Zeit eine Reihe von Demonstrationen abgehalten. Diese Demonstrationen waren in der Regel von einem bestimmten Zweck begleitet, so zum Beispiel die Demonstration am 1. Juli zur Unterstützung der Arbeiterschaft in der Provinz Schlesien. Diese Demonstration wurde von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgeführt und wurde von einer großen Anzahl von Arbeitern besucht. Die Demonstration verlief friedlich und wurde von der Polizei ohne Schwierigkeiten gelassen. Die Arbeiterschaft hat sich in der letzten Zeit auch mehr und mehr politisiert und hat sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Parteien angeschlossen. Diese Parteien sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien gegründet worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Forderungen gestellt. Diese Forderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien formuliert worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Maßnahmen erlassen. Diese Maßnahmen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen. Diese Erfolge sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Veränderungen herbeigeführt. Diese Veränderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Fortschritten erzielt. Diese Fortschritte sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen. Diese Erfolge sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Veränderungen herbeigeführt. Diese Veränderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Fortschritten erzielt. Diese Fortschritte sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen. Diese Erfolge sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Veränderungen herbeigeführt. Diese Veränderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Fortschritten erzielt. Diese Fortschritte sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen.

## Fellhammer.

Von neuen marшиerte am Dienstag geschlossen die Arbeiterpartei auf zum zeigen, dass sie gewillt ist, ihre Forderungen restlos durchzuführen. Nachdem sich die Arbeiterpartei von den umliegenden Dörfern eingekündigt hatte begann am dem Ring die Ansprache. Genosse Müller und Kollege Scholz wiesen auf den Zweck der Demonstration hin. Der Arbeiter-Gesangverein brachte 2 Lieder zu Gehör. Nachdem wurde dann geschlossen der Umzug durch die Stadt gemacht. Die Demonstrationen von Fellhammer ließen es sich nicht nehmen, auch in ihrem Orte einen Zug zu machen. Es wurden 11, darunter 4 lange Fahnen der Reaktion zu Tage befördert, die in Flammen aufgingen. Zu erwähnen sei noch, daß 3 allein von der katholischen Kirche (!) waren.

## Gottesberg.

Auch hier kam es zu einer gewaltigen Demonstration für die Erfüllung der 7 Forderungen des Proletariats. Bei über sechsstündiger Reden versammelten sich auf dem Ring, wo von den Genossen Müller und Scholz Ansprachen gehalten wurden, die mit einstimmiger Annahme der Forderungen und einem Hoch auf die Republik schloffen. Ein Jugendgewehr wurde für Ausbau des Jugendclubs geordnet, für Arbeit reaktionärer Organisationen und für Arbeit der Verhinderung von Schwindeltaten. Stürmisch wurde dann die Herausgabe des schwarz-weißen roten Fahns von der Polizeigewalt verlangt und auf der Stelle verweigert. Mit Gesang von revolutionären Liedern begaben sich die geschlossenen Jünger nach Hause, um, wenn es nötig sein sollte, schon in 8 Tagen in einem 24-stündigen Generalstreik einzutreten.

## Oberwarmsdorf.

Auch hier wurde am Dienstag den 4. Juli eine monarchistische Jahne von den Demonstranten beschlagnahmt. Sie bestand aus dem Völkchen des Scholl, der von den bergmännischen Großhändlern, die Vergleiche als faul bezeichnete. In mühseliger Dignität verlangten die Demonstranten die Herausgabe der Jahne. Scholl war verschwunden, seine Frau wollte nichts wissen, es mußte aber alles nichts. Erst im Besitz der Jahne gaben die Arbeiter ab, um sich nach dem Gasthaus „Zum Königsbaum“ zu begeben, wo der Besitzer die Erklärung abgeben mußte, daß Wort „König“ in etwas anderes umzuwandeln.

## Waldenburg.

Wie vor acht Tagen, so trat auch am Dienstag die Arbeiterpartei des Waldenburger Industriegebietes wieder auf, um zu demonstrieren und um den vor acht Tagen erhobenen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der Ring konnte auch dieses Mal die Fahnen kaum lassen, trotzdem zu gleicher Zeit in Gottesberg ebenfalls die Arbeiter in Massen aufmarschiert waren. Die Arbeiterpartei hat damit bewiesen, daß sie gewillt ist, für das Engste, was sie gefordert hat. Auf dem Ring wurden wieder Redner der W.A., des Gewerkschaftsrates, der SPD und EP. Jeder brachte die Forderungen der Arbeiterschaft vor. Der Redner von Gottesberg schloß die Rede mit dem Wort „König“ ab, der Redner von Waldenburg schloß die Rede mit dem Wort „König“ ab. Die Arbeiterschaft hat damit bewiesen, daß sie gewillt ist, für das Engste, was sie gefordert hat. Auf dem Ring wurden wieder Redner der W.A., des Gewerkschaftsrates, der SPD und EP. Jeder brachte die Forderungen der Arbeiterschaft vor. Der Redner von Gottesberg schloß die Rede mit dem Wort „König“ ab, der Redner von Waldenburg schloß die Rede mit dem Wort „König“ ab. Die Arbeiterschaft hat damit bewiesen, daß sie gewillt ist, für das Engste, was sie gefordert hat.

## Wästegiersdorf.

Eine machtvoll Rundgebung veranstaltete am Dienstag, den 4. Juli die Wästegiersdorfer, Lahnköpflener, Charolitenbranner und Sehmawasser Arbeiterpartei. Mindestens 5000 Arbeiter waren dem Ruf der Führer gefolgt. Ein unübersehbarer Zug von Demonstranten, mit mehreren roten Fahnen, zog nach dem Kupplach Charkolitenbrunn. In Sehmawasser schlossen sich die Demonstranten der anderen Orte an. Der Arbeiter-Gesangverein Wästegiersdorf und Sehmawasser beteiligte sich gesanglich. Von drei Stellen des großen Platzes sprachen Redner, die mit schäftlichen Worten gegen die reaktionären Umtriebe protestierten. Sie wiesen darauf hin, daß die aufgeregten Forderungen nur dann einen Wert hätten, wenn endlich energisch durchgeführt werden. Die Rundgebung soll dem Geiz zum Schutze der Republik, über das heute im Reichstag beschlossene wird, den nötigen Nachdruck verleihen. Die vorgelassenen Forderungen wurden einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die Republik endete die Kundgebung. Dann formierten sich die Versammelten zu einem Demonstrationzug, der befehligt wurde von größter Kampfenstimmigkeit der Massen.

## Breslau.

Die beginnende Hebe der bürgerlichen Reaktion gegen die Arbeiterpartei. Es ist klar, daß nach den wichtigen Kundgebungen der gesamten Arbeiterpartei gegen die Reaktion der bürgerlichen Zeitungen, die nach dem Wort an Außenwelt etwas Entstellung münden, wieder beginnen ihre arbeitserniedrigende Haltung zu zeigen. Vor den Demonstrationen war eine Hindernisse im bürgerlichen Mittelstand erwartete, weil eine leise Abmilderung der Pressegeschichte beabsichtigt. Dem stehen die „besonnenen Elemente“ an, nicht wieder mitzumachen bei einer „Demonstrationswiederholung“, weil Demonstrationen „gar keinen Zweck“ haben, sondern nur „verärgerter Personen in die immer bereiteten Arme der Reaktionärer“ treiben. Sie führen einige nachsagende Fälle an. Kranke Frauen, die partout um die gleiche Zeit der Demonstration zum Arzt müssen und sich ausgerechnet mit ihrer Tochter durch den Demonstrationzug arbeiten wollen, aber von den Massen daran verhindert werden, trotzdem die Kranke sich. Kranke Frauen und arme Kinder spielen stets in der Phantasie bürgerlicher Reporter eine Rolle, wenn diese im Interesse der Bourgeoisie die Arbeiterpartei durch Entmannungen zur „Reinreinigung“ bringen wollen. Aber es ist nicht zu hören von den kranken Frauen und kleinen Kindern der Arbeiterpartei, die dauernd von der bürgerlichen Klasse abgeholt werden dem Weg zum Arzt zu beschützen, die in ihren Wohnstätten verderben und verreckt, die zugrunde gerichtet werden von denen, die heute die Arbeiter zur Reinreinigung mahnen.

## Breslau.

Die gefährlichen, niedrigen gestimmten Willkürer, die bei Demonstrationen nicht zurückweichen werden können, das sind nur eine Anzahl Passanten, die von der bürgerlichen Klasse gegen Wegführung mehr die Demonstranten gerichtet werden, um dort Blutbäder zu reizen zu bringen. Die gefährlichen, niedrigen gestimmten Elemente, das sind einzelne Kopf und ruffige Elemente — wie z. B. in Waldenburg, Breslau und anderswo — die in ihrer gereizten Zügelung nach der bürgerlichen Klasse zeigen und dadurch die Proletarier der Arbeiterpartei verleihen. Die gefährlichen, niedrigen gestimmten Elemente, das sind jene unergründlichen Taten in den Arbeiterpartei der bürgerlichen Zeitungen, die versuchen ihr eigenes Schicksal der Arbeiterpartei nach dem Arbeiterpartei anzugehen, um die Arbeiterpartei zu demoralisieren. Ganzsinnig heißt heute, wie schon immer, im Kreise der bürgerlichen Presse, die Arbeiterpartei durch Verächtlichmachung ihrer Schritte zu zerstören, weil die kapitalistische Gesellschaft nur existieren kann mit einer proletarischen Arbeiterpartei. Die herrschende Klasse weiß genau, daß sie am Ende ist, wenn eine feste Arbeiterpartei zum Kampf bereit ist und sich hat. Doch heißt die bürgerliche Presse nicht gegen die Arbeiterpartei, aber es ist sie zu bezeugen das sie jetzt schließende Hand zu greifen.

## lokales.

Die beginnende Hebe der bürgerlichen Reaktion gegen die Arbeiterpartei. Es ist klar, daß nach den wichtigen Kundgebungen der gesamten Arbeiterpartei gegen die Reaktion der bürgerlichen Zeitungen, die nach dem Wort an Außenwelt etwas Entstellung münden, wieder beginnen ihre arbeitserniedrigende Haltung zu zeigen. Vor den Demonstrationen war eine Hindernisse im bürgerlichen Mittelstand erwartete, weil eine leise Abmilderung der Pressegeschichte beabsichtigt. Dem stehen die „besonnenen Elemente“ an, nicht wieder mitzumachen bei einer „Demonstrationswiederholung“, weil Demonstrationen „gar keinen Zweck“ haben, sondern nur „verärgerter Personen in die immer bereiteten Arme der Reaktionärer“ treiben. Sie führen einige nachsagende Fälle an. Kranke Frauen, die partout um die gleiche Zeit der Demonstration zum Arzt müssen und sich ausgerechnet mit ihrer Tochter durch den Demonstrationzug arbeiten wollen, aber von den Massen daran verhindert werden, trotzdem die Kranke sich. Kranke Frauen und arme Kinder spielen stets in der Phantasie bürgerlicher Reporter eine Rolle, wenn diese im Interesse der Bourgeoisie die Arbeiterpartei durch Entmannungen zur „Reinreinigung“ bringen wollen. Aber es ist nicht zu hören von den kranken Frauen und kleinen Kindern der Arbeiterpartei, die dauernd von der bürgerlichen Klasse abgeholt werden dem Weg zum Arzt zu beschützen, die in ihren Wohnstätten verderben und verreckt, die zugrunde gerichtet werden von denen, die heute die Arbeiter zur Reinreinigung mahnen.

Der Kampf der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien hat sich in den letzten Wochen besonders lebhaft entwickelt. Die Arbeiterschaft hat sich in der letzten Zeit mehr und mehr organisiert und hat in der letzten Zeit eine Reihe von Demonstrationen abgehalten. Diese Demonstrationen waren in der Regel von einem bestimmten Zweck begleitet, so zum Beispiel die Demonstration am 1. Juli zur Unterstützung der Arbeiterschaft in der Provinz Schlesien. Diese Demonstration wurde von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgeführt und wurde von einer großen Anzahl von Arbeitern besucht. Die Demonstration verlief friedlich und wurde von der Polizei ohne Schwierigkeiten gelassen. Die Arbeiterschaft hat sich in der letzten Zeit auch mehr und mehr politisiert und hat sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Parteien angeschlossen. Diese Parteien sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien gegründet worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Forderungen gestellt. Diese Forderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien formuliert worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Maßnahmen erlassen. Diese Maßnahmen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen. Diese Erfolge sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Veränderungen herbeigeführt. Diese Veränderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Fortschritten erzielt. Diese Fortschritte sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen.

Die Arbeiterschaft hat sich in der letzten Zeit mehr und mehr organisiert und hat in der letzten Zeit eine Reihe von Demonstrationen abgehalten. Diese Demonstrationen waren in der Regel von einem bestimmten Zweck begleitet, so zum Beispiel die Demonstration am 1. Juli zur Unterstützung der Arbeiterschaft in der Provinz Schlesien. Diese Demonstration wurde von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgeführt und wurde von einer großen Anzahl von Arbeitern besucht. Die Demonstration verlief friedlich und wurde von der Polizei ohne Schwierigkeiten gelassen. Die Arbeiterschaft hat sich in der letzten Zeit auch mehr und mehr politisiert und hat sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Parteien angeschlossen. Diese Parteien sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien gegründet worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Forderungen gestellt. Diese Forderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien formuliert worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Maßnahmen erlassen. Diese Maßnahmen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen. Diese Erfolge sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Veränderungen herbeigeführt. Diese Veränderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Fortschritten erzielt. Diese Fortschritte sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen. Diese Erfolge sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Veränderungen herbeigeführt. Diese Veränderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Fortschritten erzielt. Diese Fortschritte sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen. Diese Erfolge sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Veränderungen herbeigeführt. Diese Veränderungen sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien durchgesetzt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Fortschritten erzielt. Diese Fortschritte sind in der Regel von der Arbeiterpartei im Bezirk Glesien erzielt worden und haben sich in der letzten Zeit eine Reihe von politischen Erfolgen errungen.

## K \* P \* D

**Kommunistische Partei Deutschlands (Bezirk Schlesien).**  
Beiratsleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistraße 49/50.  
Fernsprecher Ring 8887. Adresse: Alfred Döhlner, Breslau I, Nikolaistraße 49/50. Postcheckkonto Breslau 588 64, Alfred Döhlner.  
Produktiv-Genossenschaft, Freitag, den 7. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung des Verwaltungsrats der Produktiv-Genossenschaft. Erscheinen aller Verwaltungsratsmitglieder unbedingt erforderlich.  
Unterbezirk Breslau. Büro: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Josef König.  
Breslau. Freitag, den 7. Juli, 7 1/2 Uhr, finden folgende Bezirksversammlungen statt: 1/2, 3a, 5, 6, 7, 8, 9a, 10.  
Die Beiratsleitung fordert die Bezirksklassifizierer auf, für den Monat Juni abzurechnen.  
Bezirk 12. Bezirksversammlung am Freitag, den 7. Juli, fällt Umstände halber aus. Näheres wird noch bekannt gegeben.  
Unterbezirk Waldenburg. Büro: Gottesberg, Langelstr. Nr. 14. J. Weizer.  
Am Sonntag, den 9. Juli, vormittags 9 Uhr, Sitzung der Unterbezirksleitung und der Beiratsleiter im Restaurant „Fahnenblüte“, Niederhermsdorf. Erscheinen aller ist Pflicht.  
Sauerbrunn. Kommunistische Jugend. Am Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 Uhr, findet unser Seimasabend statt, anschließend Seimasstunde. Alle Genossen werden erucht, pünktlich zu erscheinen. Lieberbücher nicht vergessen! Sympathisierende Jugendlichen sind herzlich willkommen. Der nächste Bildungslauf findet Sonntag, den 9. Juli im selben Lokal statt. Beginn vormittags 9 Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Alle Teilnehmer werden erucht pünktlich zu erscheinen.  
Fellhammer. Am Sonntag, den 9. Juli, nachmittags 6 Uhr, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthaus „Zum Wappenschild“ statt, wozu alle Parteigenossen und Genossinnen sowie die Kommunistische Jugend unbedingt zu erscheinen haben. Jeder Genosse ist verpflichtet, seine Frau mitzubringen, sowie die schuldenlose Jugend. Genossen, benutzt daher diese Woche als Werbewoche für die Kommunistische Jugend. Auch an eine Zeitungseifer werden hierzu herzlich eingeladen. Referent anwesend. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein.  
Glesien. Die neu gegründete Kommunistische Jugend hat ihre erste Zusammenkunft am Sonntag, den 9. Juli, um 1/2 Uhr in der „Stadt Berlin“. Der Jugend-Beiratsleiter ist anwesend. Jeder Jugendgenosse, der es ernst mit der Arbeit des Jugendproletariats meint, muß erscheinen.  
Niederschlesien. Aktung, Freireisende Gemeinde. Sonntag, den 9. Juli, abends 7 Uhr, findet im „Sternen Kreuz“ zu Altwasser eine öffentliche Versammlung statt. Es gelangt zum Vortrag: „Was hat Christus den Armen gegeben?“ (Prediger H. Pöschmann). Sober wird jenes Genosse Direktor über das Kapitel „Fortschrittliche“ referieren. Alle Interessenten und freiwillig Orientierte sind hierzu herzlich eingeladen.  
Landeshut i. Schl. Kommunistische Jugend und Arbeiterkinder. Sonntag, 12 Uhr, treffen am Waldhof. Abmarsch 1/2 Uhr zum Gewerkschaftsplatz nach der Hönigsbude. Bringt eure Freunde mit, damit sie mit euch alle einmal kennen lernen.  
Waldenburg. Sonntag, den 9. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Schützenhaus Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Alle Genossen müssen erscheinen.  
Waldenburg. Aktung! Der für Sonntag, den 9. Juli, angelegte Ausflug fällt aus. Dafür Proben zum Kreisjugendtag. Um 2 Uhr in Löhnsbühne. Alle Funktionäre müssen erscheinen.  
Waldenburg. Dienstag, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Friedrichsdenkmal“. Alle Genossen müssen erscheinen. Frühbesucher willkommen.  
Verantwortl. Redaktion: Max Böschow; Internat.: Joh. Harisch. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.B.H. Druck: Pöffel & Danigel, familiär in Breslau.

**Farbige Anzeigen**  
Kupferdruckerei  
Kragau u. Mollath  
**Frieda Hieck**  
Oderstr. 14, G  
**Abonnent-Bestells!**  
Preislich gegen Rückpost.  
**Paul Günther,**  
Niederzirllas 6  
Frieburg (Schlesien).  
Rechercher hier sucht sich halb separatist männlich.  
Jünger. Offert. E. K.  
17 Eppel. D. Blatz. F

**Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. B. H., Breslau I, Nikolaistraße 49/50. - Abteilung Buchhandlung.**  
Wir setzen alle unsere Besteller vor dem letzten Besteller der Bezirksleitung in Kenntnis, nach dem:  
**Broschüren und sonstige Buchhandelsartikel**  
insolge der Verhältnisse heute, der postalen Einstellung der Besteller  
**hat noch gegen hat, Nachnahme oder Vereinstellung des Betrages**  
abgegeben werden können. In einzelnen Fällen sind auch von einem Besteller abgegeben werden, aber auch nur dann, wenn die Zahlung nach Ablauf eines Monats erfolgt.  
Wir bitten alle Besteller, unsere schwierigste Lage zu berücksichtigen und auch freundlich ihren Beitrag zu leisten durch den die Kosten für den Literaturverkehr nicht in den nächsten Tagen allen Einzelgruppen zu.

**Wiederum nur jetzt für Scheitling eine zu ruffige**  
**Trägerin**  
Erb. der „Erd. Trägerin“  
Breslau I, Nikolaistraße 49/50.  
Ersuchen! Bezieht für Dokumenten.

**Fahrräder und elektrische**  
Sie anlagen  
empfehlenswert  
**Paul Seidel**  
Der-ry-stich  
Kehlung!  
als Kranz-2. Stimm-  
bleiben (Unfall!)  
empfehlenswert  
Freis Maria Stolz  
Oberandert 56.

**Arbeiterkleidung, Wäsche und Schuhwaren**  
für Frauen, Männer und Kinder, kaufen Sie am billigsten bei  
**R. Suchatzki,**  
Gubenstraße Nr. 31.  
**Wohlfahrt überall hin**  
**Gen. Wenzel, Tischlermeister**  
Lehnwasser, Kreis Waldenburg.